Lohnraub an Webern bei Styasny, Heinewalde

Wer nicht für 18 M. arbeitet, fliegt!

DTV-Bonzen und reformistischer Betriebsrat in der Lohnräuberfront / Textilarbeiter, wählt vorbereitenden Kampfausschuß! Streikt unter Führung der RGO gegen Lohnraub!

(Arbeiterkorrespondenz 1326)

Auch in Heinewalde ist die Ausbeutung der werktätigen Schichten durch das kapitalistische System unerträglich. Der Mitinhaber der Firma Styasny, Fritz Heinrich, kürzte den ohnehin schon geringen Lohn der Weber um weitere 5 Prozent, trotzdem erst vor kurzem ein Lohnraub von 20 Prozent durchgeführt wurde. Darüber waren die Weber sehr empört. Es fand eine Belegschaftsversammlung statt. Vorher hatte der Betriebsrat Richard Tannert eine Besprechung mit dem Chef, die Versammlung fand bei einem Faß Freibier statt. Man hatte den reformistischen Gewerkschaftsbonzen Schaufuß bestellt, der sicherlich bei einem guten Glas Bier eine Streikstimmung abwürgen sollte. Der Betriebsrat Tannert setzte alles daran, den etwaigen Streik niederzudrücken. Er erklärte, Heinrich habe gesagt: **„Wer nicht für 18 Mark wöchentlich arbeiten will, fliegt."** Er hätte genug Arbeitslose, die für 18 Mark arbeiten. „Wenn ich die Weber an den Stühlen sehe, friert mich." Wir müßten aber bestimmt: würde man den Herrn Heinrich mal an die Webstühle stellen, dann würden die Stühle gleich eingefrieren. Trotz diesen Frechheiten des Herrn Heinrich hilft der Betriebsrat Tannert noch mit, die Arbeiter einzuschüchtern. Er sagte: **„Würden wir streiken, kann mancher Kollege ins Gefängnis fliegen,"** usw. Es ist schon so weit, daß man die Arbeiter von den Aborten holt. Man läßt den Arbeitern gar keine Zeit mehr, die Notdurft zu verrichten. Die Fabrik wird in ein Zuchthaus umgewandelt. Aber die reformistischen Bonzen sind damit einverstanden. Was Herr Schaufuß zu erzählen wußte, war nichts als leere Phrasen. Das Bier wird der Arbeiter noch lange in den Lohntüten merken. Es ist deutlich zu sehen, wie der Betriebsrat Tannert die Befehle des Herrn Heinrich ausführt. Deshalb Arbeiter und Arbeiterinnen, die Augen auf! Man wird nicht scheuen, bei einem Faß Bier wieder in nächster Zeit Lohnkürzungen vorzunehmen, wenn alles so glatt mit Hilfe Tannerts, Schaufuß' usw. vonstatten geht. Arbeiter von Styasny, **macht Schluß mit den Verrätern! Glaubt nicht mehr den Reformisten, die euch vorsätzlich irreleiten und eine Besserung der werktätigen Massen gar nicht wollen, sonst könnte schließlich ihr gutes Verhältnis mit den Kapitalisten gebrochen werden. Deshalb, Genossen und Genossinnen von Styasny, rechnet ab mit den Bonzen! Hinein in die RGO! Wählt heute sofort einen vorbereitenden Kampfausschuß und antwortet auf den frechen Lohnraub mit Streik!**

Bis zum 1. September:

Erfüllung des RGO-Sturmplanes!

Der 3. Landeskongreß der RGO beschloß, bis zum 1. September wird der Sturmplan erfüllt. Jetzt liegt schon das glänzende Resultat der Thodeschen Papierfabrik in Hainsberg vor. Laßt euch nicht von den RGO-Kollegen der Thodeschen Papierfabrik beschämen! Berichtet über die positiven Beschlüsse des roten Einheitskongresses der RGO zur

Organisierung des Kampfes gegen den Hunger!

Ruft allen Kollegen und Kolleginnen und Jugendlichen in Betrieben, Büros, auf den Gütern und Stempelstellen zu: Her zur RGO! Reiht euch ein in die rote Einheitsfront zum Volkskampf gegen das Kapital und seine Knechte! Helft alle mit unter Führung der RGO bei der Streikrüstung gegen jeden Pfennig Lohnraub! In allen Betriebs- und Stempelstellengruppen gilt es jetzt mit allen Kräften an die

Durchführung der Beschlüsse des 3. RGO-Kongresses

Gemeindearbeiter!

33 1/3 Prozent Lohnraub!

W. R. Die Brüning-Notverordnung vom 5. Juni 1931 bringt in ihrem ersten Teil für die gesamte werktätige Bevölkerung unerhörte neue Steuerlasten. **Die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden werden in ihrer Existenz durch die Notverordnung besonders hart betroffen. Der zweite Teil verfügt die Kürzung der Gehälter und Löhne der Reichs- und Staatsbeamten, Angestellten und Arbeiter und einen weiteren verschärften Gehalts- und Lohnraub für die Gemeindebeamten und Angestellten. Die Dienstbezüge der Gemeindebeamten und Angestellten müssen nach Absatz 2 des § 7 der Notverordnung auf die Dienstbezüge der Reichsbeamten herabgesetzt werden.**

Die Kommunalbürokratie wird dieses Diktat mit Freuden durchführen. Auch hier sind die sozialdemokratischen Gemeindebürokraten wiederum führend. Für Preußen hat der sozialdemokratische Innenminister Severing durch Runderlasse vom 27. 5. 1931 schon eine Senkung der Gehälter der Gemeindebeamten und -angestellten und eine Senkung der Gemeindearbeiterlöhne angeordnet. In der gleichen Weise hat der Nazi-Innenminister Dr. Frick für Thüringen schon **durch Erlaß vom 23. 12. 1930 diesen Gehalts- und Lohnraub diktiert.** Die Beamten und Angestellten werden durch diesen erneuten Lohnraub erkennen, daß auch sie in die Reihen der werktätigen Klasse unter Führung der RGO den Kampf gegen den Gehaltsraub führen müssen.

Lohnraub für Gemeindearbeiter

Nachdem Ende 1930 und Anfang 1931 die Löhne der Gemeindearbeiter durch die „freiwillige" Vereinbarung der Gesamtverbandsbürokratie mit dem Reichsarbeitgeberverband der Gemeinden auf Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich im ganzen Reich bereits 8 Prozent und mehr gekürzt wurden, erfolgt jetzt durch die Notverordnung ein weiterer Lohnraub. Der Absatz 4 des § 7 diktiert dazu:

„Die Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) sind berechtigt und verpflichtet, spätestens mit Wirkung vom 1. Oktober 1931 ab, die Dienstbezüge ihrer Angestellten und die Stundenlohnbezüge ihrer Arbeiter, soweit sie die Bezüge der entsprechenden Arbeitnehmer (Angestellte, ungelernte Arbeiter, angelernte Arbeiter, Handwerker usw.) im Reichsdienst, einschließlich des Dienstes bei der Deutschen Reichspost, herabzusetzen."

Der Lohn des ungelernten Reichsarbeiters in der Ortsklasse A (Lohngruppe 7) beträgt 86 Pfennig pro Stunde.

Ein ungelernter Gemeindearbeiter, der jetzt 107 Pfennig pro Stunde verdient, erhält also dann pro Stunde 21 Pfennig weniger. Das ist ein Lohnraub von 9,24 Mark pro Woche.

Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich

Im 3. Teil der Notverordnung, Kap. 2, Art. 1 wird diktiert, daß durch Verordnung der Reichsregierung für einzelne Gewerbe und Verwaltungen die vorgesehene **regelmäßige Arbeitszeit bis auf 40 Stunden wöchentlich herabgesetzt werden kann.** Die Durchführung der 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich wird natürlich in den Gemeindebetrieben mit voller Zustimmung der Bürokratie der reaktionären Gewerkschaften (Gesamtverband und christlicher Arbeitnehmerverband) durchgeführt. Das bedeutet für den Gemeindearbeiter einen weiteren Lohnverlust.

Nach Durchführung der Notverordnung hat der ungelernte Gemeindearbeiter, der bisher bei 48 Stunden wöchentlicher Arbeitszeit einen Spitzenlohn von 51,36 Mark hatte, nur noch den Wochenlohn von 34,50 Mark. Der Lohnraub durch Notverordnung beträgt pro Woche 16,86 Mark, also 33 1/3 Prozent Lohnabbau.

Der Lohnverlust **erhöht** sich noch durch die besonders diktierten Abzüge von Steuern usw.

Durch § 8 der Notverordnung wird die Lohnsenkung, die in den Reichsarbeiterlöhnen vorgenommen wird, auch allen städtischen Werken und Gesellschaften vorgeschrieben. Dadurch werden alle Werks- und Verkehrsarbeiter ebenfalls vom Lohnraub betroffen.

Betrugsmanöver der Gewerkschaftsbürokratie

Die Gesamtverbandsbürokratie, die in ihrem „Programm" ausdrücklich die Erfüllung der elementaren gewerkschaftlichen Aufgaben, die auf dem Gebiete der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse liegen, leugnet, hat alles getan, um jeden Lohnraub bei den Gemeindearbeitern, -angestellten und -beamten durchzuführen. Schon in der „Gewerkschaft" Nr. 5, Jahrgang 1930, schrieb Emil Dittmar über die Forderungen des Siebenstundentages, womöglich der 40-Stunden-Woche und betonte, daß es den Verhandlungen vorbehalten bleiben müsse, inwieweit diese Arbeitszeitverkürzung, ohne Lohnkürzung zu erreichen ist. Der Fachgruppensekretär für die Gemeindebetriebe beim Gesamtverband, Karl Polenitz, schreibt in einem Artikel über „Lohn und Arbeitszeit in den deutschen Gemeinden" in der Gewerkschaftszeitung, Organ des ADGB, Nr. 22, vom 30. 5. 1931 klar und deutlich, daß die Gesamtverbandsbürokratie alles getan hat, um jedem Lohnraub zur Sicherung der Gemeindefinanzen durchzuführen. Es heißt in diesem Artikel wörtlich:

„Jedem Kenner der kommunalen Finanzen und der Gemeindewirtschaft mußte seit langem klar sein, daß Ersparungen in den Gemeinden zum erheblichsten Teile über das Lohn- und Gehaltskonto gehen würden."

In dem Artikel wird weiter eingestanden, daß die Organisation nie daran gedacht hat, bei Verkürzung der Arbeitszeit einen Lohnausgleich zu fordern.

Die Gesamtverbandsbürokratie, die in den Kommunalverwaltungen selbst führende Positionen als Bürgermeister, Stadträte und Dezernenten hat, ist immer bestrebt gewesen, die angeblichen Finanzschwierigkeiten der Gemeinden auf Kosten der **Arbeiter, Angestellten und Beamten zu beseitigen.**

Kampf gegen Lohnraub mit der RGO

Die Gemeindearbeiter, -angestellten und -beamten müssen das Betrugsmanöver der Bürokratie der reaktionären Gewerkschaften (Gesamtverband, christlicher Arbeitgeberverband, Heizer- und Maschinistenverband), welches in den radikalen Redensarten und papiernen Projekten in Erscheinung tritt, erkennen und aus eigener Kraft den entschlossenen Kampf gegen jeden Lohn- und Gehaltsraub organisieren.

Gemeindearbeiter, -angestellte und -beamte! Wehrt euch! Nehmt in allen Betrieben zur Notverordnung Stellung. Organisiert den Widerstand gegen den Lohnraub. Ihr habt die Macht, euren Willen durchzusetzen, wenn ihr in geschlossener Front alle Kampfmittel einsetzt. Organisiert starke RGO-Gruppen in den lebenswichtigen Betrieben, verstärkt die innergewerkschaftliche Arbeit im Gesamtverband und in der christlichen Gewerkschaft. Die sozialdemokratischen und christlichen Gemeindearbeiter, -angestellten und -beamten werden unter den Schlägen, die die Notverordnung gegen sie führt, immer mehr zur Einsicht kommen, daß sie sich in der gemeinsamen Kampffront gegen den Lohnraub einreihen müssen. Stellt unter den Belegschaften der einzelnen Gemeindebetriebe eine enge Verbindung her! Eure Losung muß sein:

Streik gegen jeden Pfennig Lohnraub

Sozialdemokratische und christliche Kollegen! Wir fragen euch, seid ihr Anhänger der Notverordnung Brünings? Wollt ihr für Brüning und seine Hungerdiktatur kämpfen, oder mit der werktätigen Klasse für den Sozialismus? Brecht mit der christlichen und sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie! Hinein in die Klassenfront der Werktätigen, hinein in die RGO!

Lohnabbau in der Mühlenindustrie

Systematisch, wie die Unternehmer in allen Berufsgruppen den Lohnraub vornehmen, so wollen sie auch jetzt zum zweiten Male die Löhne bei den Mühlenarbeitern um 5 Prozent senken. **Es ist nun schwer für sie, den erneuten Lohnraub zu begründen, denn die Produkte der Mühlenindustrie sind in letzter Zeit im Preis nicht gesunken, sondern wesentlich gestiegen.**

Auch die Produktion ist in keiner Weise zurückgegangen. Hier zeigt sich mit aller Deutlichkeit, daß die Unternehmer keinen Grund haben, den Lohn zu senken, daß sie es aber trotzdem machen, beweist, **daß sie ihren heiligen Profit erhalten und erhöhen wollen.**

Am 16. Juni tagte eine von der Gewerkschaft einberufene Versammlung der Mühlenarbeiter. Hilflos wie nun einmal alle reformistischen Gewerkschaftsführer sind, so wurde auch hier versucht, die Angriffe der Unternehmer zu führen, denn sie sind ja der schlechten Lage der Arbeiter gefolgt. Weiter wurde gesagt, **daß jetzt keine Möglichkeit bestehe, den Tarif zu verbessern.** Die ganze Schuld der Lebenslage der Arbeiter läge an den Arbeitern selbst infolge ihrer Gleichgültigkeit.

(Daß die Bonzen überaus betrübt sind über den schlechten Besuch ihrer Gewerkschaftsversammlung ist verständlich.)

Erkennen die Arbeiter doch immer mehr den täglichen Verrat dieser Führer und die Unfähigkeit dieser Leute, Kämpfe zu führen, bejahend und infolge ihrer Verbundenheit mit diesem kapitalistischen Staat, werden sie jeden von den Unternehmern diktierten Lohnraub kampflos hinnehmen.

Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition sagt den Mühlenarbeitern, glaubt nicht diesen reformistischen Führern. Sie werden auch den neuen Lohnraub anerkennen und versuchen, unter Hinweis auf die Not der Unternehmer, euch denselben schmackhaft zu machen.

Nur durch eure eigene Kraft seid ihr imstande, den erneuten Lohnraub im geschlossenen Kampf abzuwehren.

Gerade in eurem Beruf ist es möglich, durch einen sofortigen Streik das Ansinnen der Unternehmer zurückzuweisen. Die RGO ist bereit, den Kampf zu organisieren und zu führen. Erkennt, daß nicht die reformistischen Führer euch zum Siege führen, sondern nur der revolutionäre Kampf unter Führung der RGO einen Erfolg verbürgt. Darum zieht die Konsequenzen, werdet Mitglieder der RGO. Rüstet zum Streik gegen jeden Pfennig Lohnraub.

Skandalöse Zustände bei Kohlen-Krögis

(Arbeiterkorrespondenz 1350)

Allen Dresdner Arbeitern ist die Firma Kohlen-Krögis bekannt. Sie gehört, wie man so sagt, mit zu den ersten auf ihrem Gebiet am Platze. Uns Arbeiter interessiert aber vor allen Dingen, daß sie auch in bezug auf Ausbeutung mit zu den scharfmacherischsten gehört.

Wie überall, so hat auch Kohlen-Krögis die Wirtschaftskrise zu spüren bekommen. Diese wirkte sich aber nicht auf den Profit aus. Der muß erhalten bleiben. Deswegen wurde im Laufe der letzten Jahre der Akkordlohn für die Träger und Lader nach und nach gekürzt, Arbeiter entlassen. Diejenigen, die noch von der Entlassung verschont blieben, mußten die Mehrarbeit mit bewältigen. Auch bei Krögis wird auf Kosten von Leben und Gesundheit der Arbeiter der Profit gesichert. Das traurige bei Krögis ist nur, daß sich Proleten als Kapitalsknechte betätigen und der Firma den Profit auf Kosten ihrer Kollegen in die Tasche arbeiten. Da ist zunächst der „Auch-Kollege" Reinhold Schulze. Er wurde vor einigen Jahren als Auslader eingestellt. Er schufteie derartig, daß es z. B. sehr oft vorkam, daß er an einem Tage drei Loris Kohlen ausgeladen hat, wo andere höchstens zwei fertig brachten. Die Folge war ja dann auch, daß er wochenlang ins Krankenhaus mußte. Das durch sein wahnsinniges Wühlen verdiente Geld ging dabei natürlich wieder zum Teufel.

Dreierlei hat er aber erreicht und sich dadurch Stand bei der Firma verschafft. Erstens ist er heute zum Vorarbeiter und Platzmeister empor gestiegen. Diese Stelle nutzt er natürlich aus, um die übrigen Kollegen nach Strich und Faden anzutreiben. Dabei verlangt er dasselbe, was er vor einigen Jahren leistete für kurze Zeit von ihnen als ständige Leistung. Zweitens wurden die Verladerlöhne herabgesetzt. Auch das ist das indirekte Verdienst von Schulze. Und drittens sind eine Reihe von Arbeitern entlassen worden. **Erst vor einigen Tagen wurde ein Kollege aus Pillnitz geschmissen, der in 3 Wochen 25 Jahre bei der Firma beschäftigt gewesen wäre und seine Knochen bei Krögis kaputt geschuftet hat.** Zwei ständige Arbeiter sind heute noch vorhanden. Wenn man, persönlich gesehen, verstehen kann, daß die zwei Kollegen sich zu halten versuchen, da sie schon älter sind und zirka 10 bis 15 Jahre bei Krögis arbeiten, so muß man aber ihre Methoden als ganz unkollegial und unternehmerknechtselig bezeichnen. Früher wurden die Sackfuhren auf dem Platz von den Arbeitern geladen. Die Träger brauchten also nur die Kohlen den Kunden in den Keller zu schaffen. Grude und Buchholz laden sich ihre Fuhren, die sie abtragen müssen, aber heute selber, ohne daß sie die Zeit in Stundenlohn bezahlt bekommen, oder der Preis für das Abtragen erhöht worden ist. **Sie arbeiten also einige Stunden am Tage vollkommen umsonst und schenken der Firma das Geld für ein bzw. zwei Arbeiter, die zum Laden benötigt wurden.**

Nicht Kriecherei, sondern proletarischer Klassenkampf wird uns aus dem Elend befreien. An alle Arbeiter, die heute noch im Betrieb stehen, richten wir den Appell, es nicht so zu machen wie die Kollegen von Krögis, sondern das enge Bündnis zwischen den erwerbslosen und im Betrieb stehenden Proleten zu schließen, nur dann werden wir einen erfolgreichen Kampf gegen den faschistischen Kurs führen können. **Klärt solche Kollegen wie bei Krögis über die Schädlichkeit ihres Handelns auf, zeigt ihnen, wie klassenbewußte Proletarier sein müssen, die nicht Kriecher, sondern Klassenkämpfer sind, die kein Interesse daran haben, doppelt und dreifach dem Unternehmer das Geld in die Tasche zu arbeiten.**